

## Industrie und AK für mehr Kinderbetreuung

Arbeiterkammer (AK) und Industriellenvereinigung (IV) haben gestern eine ansonsten eher seltene Allianz gebildet. Gemeinsam haben IV-Chef Veit Sorger und AK-Präsident Herbert Tumpel bereits von der nächsten Regierung die Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen gefordert.

Als Basis wurde eine aktuelle Analyse des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung präsentiert: Demnach fehlen derzeit österreichweit rund 46.000 Betreuungsplätze, vor allem für Kinder unter drei und zwischen sechs und 14 Jahren. Weitere 40.000 Plätze müssten qualitativ verbessert werden. Für Tumpel geht es dabei besonders um die Öffnungszeiten.

Sorger rechnet damit, dass bei besseren Betreuungsangeboten 50.000 Frauen „neu und in einem

höheren Ausmaß“ in Beschäftigung kommen. Dafür müsse man aber zusätzlich 300 Millionen Euro investieren.

„Ich war nie für die Einführung der Zuverdienstgrenze.“

**URSULA HAÜBNER,**  
Sozialministerin, die auf eine Evaluierung des Kindergeldes wartet

Einigkeit herrscht bei den Sozialpartnern, wenn es um mehr Flexibilität beim derzeit, so Sorger, „erwerbshemmenden“ Kinderbetreuungsgeld geht. AK und IV wollen, dass Zuverdienst während der Karenz etwa bis zu einem Ausmaß von 60 Prozent des (Vollzeit-) Gehaltes oder einer entsprechenden Zeitgrenze – Tumpel schlug 24 Wochenstunden vor – erlaubt wird. Davon könnten vor allem höher qualifizierte

Frauen profitieren und mehr Anreize für Väter geschaffen werden.

Außerdem solle eine kürzere Bezugsdauer für ein dann umso höheres Kindergeld (bis zu 200 Prozent) erlaubt werden.

### Bestärkte Opposition

Der sozialpartnerschaftliche Schulterschluss wurde von den Familiensprecherinnen bei SP und Grünen, Andrea Kuntzl und Sabine Mandak, als Bestätigung der Oppositionsforderungen interpretiert. Noch im Vorjahr habe die Regierung eine Studie vorgelegt, wonach – Wien ausgenommen – nur mehr 8000 Betreuungsplätze fehlen sollen.

Sozialministerin Ursula Haubner (BZÖ) kündigte an, dass bis Jahresende durch Projektförderungen noch 1000 Plätze entstehen sollen. Im Übrigen seien die Länder zuständig. (luc)



46.000 fehlende Plätze RTS